

Meldung vom 2007-05-19 10:30

Kolumne/Umwelt/Klima/

(ddp-Kolumne der Woche)

Vom Alltag der Klimaschutzpolitik ...

--Von Ulrich Kelber--=

Berlin (ddp). Es waren ungewohnte Wochen für Umweltschützer. Fast im täglichen Rhythmus überboten sich die politischen Parteien mit Zielvorgaben für den Klimaschutz und den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Kurz nachdem Bundesumweltminister Sigmar Gabriel eine Studie vorgestellt hatte, wie die Erneuerbaren Energien bis 2020 27 Prozent Anteil an der Stromerzeugung erreichen können, forderten die Grünen mindestens 30 Prozent, die Grundsatzprogrammkommission der CDU setzte sich sogar für 35 Prozent ein und die FDP stellte klar, es seien auch 40 Prozent möglich, würde man nur ihren Vorschlägen folgen.

Nur leider ist auf diesen atemlosen Wettlauf um die Ziele im Klimaschutz nicht der wirklich notwendige Wettlauf um die Instrumente, die Klimaschutz erst möglich machen, gefolgt. Seien es die Förderung der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung, der Ausbau von Erneuerbaren Energien im Wärmebereich oder die vielgepriesene Energieeffizienz: Noch warten alle diese Bereiche auf den nötigen Schub, um die angestrebten Klimaschutzziele dann auch erreichen zu können. Während Bundeskanzlerin Angela Merkel auf den Gipfeltreffen dieser Welt engagiert für ambitionierte Klimaschutzziele eintritt, verweigert ihre eigene Fraktion, CDU/CSU, zuhause in Berlin sogar dem eigenen Koalitionspartner Verhandlungen über die dafür notwendigen politischen Instrumente.

Dabei war die Große Koalition 2005 gar nicht schlecht gestartet. Als erstes gemeinsames Projekt war eine Vervierfachung der Fördermittel für die Wärmedämmung von Gebäuden beschlossen worden. Über zehn Milliarden Euro Investitionen pro Jahr wurden so ausgelöst, Arbeitsplätze geschaffen und der Energieverbrauch spürbar gesenkt. Und auch die erhöhten Finanzmittel für die Forschung im Bereich Erneuerbarer Energien und das Marktanreizprogramm für Solarthermie & Co. können sich sehen lassen.

Aber dann kam es irgendwann zum Stillstand im Klimaschutz. Bei den Kongressen, den Gipfeltreffen, den Parlamentsreden und in den Parteiprogrammen wurden die Ankündigungen im Bereich Klimaschutz angesichts klarer wissenschaftlicher Warnungen zwar immer deutlicher. Nur im Alltag der Klimaschutzpolitik kam davon kaum etwas an. Beim Energiepass für Gebäude blockte Bundeswirtschaftsminister Glos monatelang und setzte dann in einem «Kompromiss» wesentliche Verwässerungen der ursprünglichen Idee durch. Und in Brüssel verhandeln die Beamten aus dem Glosschen Wirtschaftsministerium gegen statt für klarere Effizienzvorgaben bei Elektrogeräte und Maschinen.

Was aber an Zynismus nicht mehr zu überbieten ist, ist der Umgang mit wichtigen Klimaschutz-Gesetzen. Seit Amtsantritt von Michael Glos ist dieser laut Gesetz verpflichtet, einen Vorschlag für eine bessere Förderung der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung vorzulegen. Als er sich weigerte, präsentierte die SPD einen eigenen Gesetzesentwurf. Seit Monaten verweigern CDU/CSU aber jedes Treffen, auf dem man überhaupt über die nächsten Schritte diskutieren könnte. Das Gleiche gilt für das eigentlich vereinbarte Gesetz für die Förderung der Erneuerbaren Energien im Wärmebereich. Seit Januar liegt der CDU/CSU ein konkreter Vorschlag der SPD vor, seit Januar werden alle Gespräche zum Thema verweigert. Das ist der Alltag der Klimaschutzpolitik in Deutschland...

(Ulrich Kelber (39) ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD und verantwortlich für den Bereich Klimaschutz und Energiepolitik)

ddp/

191030 Mai 07